

Soziale Verteidigung

Konflikte gewaltfrei austragen - Militär und Rüstung abschaffen



Rundbrief Nr. 3/18 des Bund für Soziale Verteidigung e.V.

H4361

Europa - ein Friedensraum? Über Grenzen auf der Karte und in den Köpfen

Christine Schweitzer

„Europa“ ist derzeit in aller Munde. Dabei dominieren zwei Themen die öffentliche Wahrnehmung: Zum einen die Abschottung gegen Menschen, die nach Europa fliehen wollen, sei es aus Schutz vor Krieg und Menschenrechtsverletzungen oder auf der Suche nach einem Job zum Überleben für sich und die Familie daheim. Zum anderen der „Brexit“, der Austritt Großbritanniens aus der EU, der für Populist*innen vieler Länder leicht zum Vorbild werden kann, den Austritt ihres Landes aus der EU zu betreiben. Dabei ist es historisch gesehen noch nicht lange her, dass die gleichen oder vergleichbare nationalistisch-patriotische Strömungen um jeden Preis in die EU wollten.

Neue Mauern und Grenzzäune

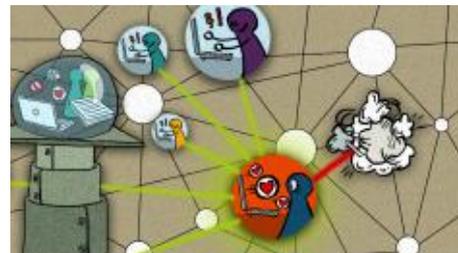
Als 1989 der Ostblock zusammenbrach und damit auch die festungsartigen Grenzen mitten in Europa fielen, war der Jubel groß. Weniger als 30 Jahre später wird die Festung wieder aufgebaut. Zahlen des UN-Flüchtlingshilfswerks zufolge waren 2017 weltweit rund 68,5 Millionen Menschen wegen Krieg, Gewalt und Verfolgung auf der Flucht – fast drei Millionen mehr als im Jahr davor. Die meisten von ihnen halten sich in Nachbarländern der jeweiligen Konfliktregion auf; nur eine kleine Minderheit versucht nach Europa zu gelangen. Und Europa ist dabei, seine Grenzen immer mehr zu schließen, beinahe ohne jede Rücksicht darauf, was mit den Menschen passiert, die an den Außengrenzen scheitern. Einem Bericht von Juli 2018 ist zu entnehmen, dass 13.000 Menschen in Algerien ohne Wasser und Lebensmittel in der Sahara ausgesetzt wurden. Dieser Akt menschlicher Grausamkeit sorgte nicht für Aufschrei oder Empörung in Europa. Ganz im Gegenteil, es wird kaum darüber berichtet. Selbst wenn Menschen im europäischen Mittelmeer ertrinken, verschließen wir die Augen.

Allein in diesem Jahr waren es bis Anfang Juli nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration mindestens 1.405, darunter auch viele Kinder. Wir müssen uns die Frage stellen, warum wir empathisch sein können, wenn Kinder aus einer Höhle in Thailand gerettet werden, aber nicht, wenn Kinder vor der eigenen Haustür ertrinken. Dabei sollte das eine selbstverständlich nicht gegen das andere ausgespielt werden.

Zum Weiterlesen zu Flucht und Migration: www.proasyl.de/ Zu Algerien: www.tagesschau.de/ausland/algerien-sahara-101.html

Militarisierung Europas

Die Europäische Union ist auf dem Weg, eine Militärmacht zu werden; die klassische Arbeitsteilung mit der NATO ist nicht erst seit der Präsidentschaft von Donald Trump, dessen „Bündnistreue“ in NATO-Kreisen bezweifelt wird, vorbei. Beginnend mit der Entstehung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) im Vertrag von Maastricht im Jahre 1992 und der Integration der Westeuropäischen Union (WEU) in die EU im Jahre 1997 fand eine schrittweise Militarisierung der EU statt. Die Mitglieder der EU haben sich verpflichtet, militärische Fähigkeiten auszubauen (z.B. europäische Drohnen, schnelle Eingreifkräfte, EU Battlegroups) und militärische Forschung und Entwicklung zu stärken. Dafür werden inzwischen auch Mittel eingesetzt, die ursprünglich rein zivilen Zwecken zugeordnet waren. Zusammen mit der einflussreichen europäischen Rüstungsindustrie ergibt sich somit ein militärisch-industrieller Komplex, von dem Politik wie Wirtschaft profitieren. Für „Verteidigung“ – wozu auch der Ausbau der Außengrenzen gehört – soll in den kommenden Jahren wesentlich mehr Geld ausgegeben werden.



Aus dem LOVE-Storm Erklärvideo: Von LOVE-Storm Trainierte stärken angegriffene Menschen im Netz.

Foto: LOVE-Storm



Die Friedensbrücke in Londonderry (Nordirland), gesponsert von der Europäischen Union. Ein erfolgreicher Friedensprozess in einem Regionalkonflikt wurde hier symbolisch gefeiert.

Foto: cs



Solch große Demonstrationen wie 2013 gibt es in der Türkei inzwischen kaum noch. Hier der Taksim-Platz in Istanbul 2013.

Foto: VikiPicture <https://commons.wikimedia.org/>

Diesmal u.a.

Europa zwischen Frieden und Militarisierung

LOVE-Storm

Friedensarbeit in der Türkei

u.a.m.

Liebe Leserin, lieber Leser,

Sommerloch? Fehlanzeige, genauso wie der Regen. Natürlich fahren auch Friedensarbeiter*innen in den Urlaub, und meist im Sommer. So auch wir in den beiden BSV-Geschäftsstellen in den vergangenen Wochen. Aber selten war es so schwierig, sich wirklich frei zu machen. Da waren nicht nur diverse Aktionen der Friedensbewegung, z.B. in Büchel. Da war die Nacharbeit von Tagungen (wie der „Tagung Zukunft“ der Kooperation für den Frieden, auf der beschlossen wurde, gemeinsam am Thema „Europa“ zu arbeiten). Da war die Vorbereitung von Tagungen wie unserer Jahrestagung 2019 und dem Fachgespräch zu Regionalkonflikten in Europa, einschließlich der mühsamen und leider so oft vergeblichen Suche nach Finanzierungsquellen. Und da war die Vorbereitung von Veranstaltungen und Trainings, wie den Online-Trainings von LOVE-Storm. Und natürlich die Arbeit an der Dokumentation der letzten Jahrestagung, an weiteren Infoblättern, diesem Rundbrief usw. (Zu all dem mehr in diesem Heft.). Eigentlich sind wir jetzt wieder urlaubsreif... Den Leserinnen und Lesern, die ihren Urlaub noch vor sich haben, wünschen wir deshalb, vielleicht mit ein wenig Neid, gute Erholung, und allen wie immer eine angeregte Lektüre!

Christine Schweitzer

für das BSV-Team

Rundbrief lieber online?

Unser Rundbrief wird kostenlos an unseren Gesamt-Adressverteiler versandt. Wer ihn lieber als PDF beziehen möchte, teile uns das doch per E-Mail an info@soziale-verteidigung.de mit. Und natürlich auch, wer ihn nicht mehr erhalten will.

Unsere Datenschutzerklärung findet sich online auf unserer Website: <https://www.soziale-verteidigung.de/startseite/>

Fortsetzung von Seite 1

Zum Weiterlesen: Unser Informationsblatt „Die Militarisierung der Europäischen Union“ (Link zu unserem Webshop: <https://bit.ly/2LpZM1S>). <https://info.bröt-fuer-die-welt.de/blog/rat-eu-ausbau-militaerkooperationen>. www.imi-online.de/download/EU-Broschuere-Endversion-web.pdf

Wachsender Populismus

In Ungarn, Polen, Italien und Österreich regieren Parteien, die eine rechtspopulistische Ideologie verfolgen. In anderen Ländern sind solche Parteien zumindest mit an der Regierung beteiligt (Griechenland) oder erzielten erstaunliche Wahlerfolge (Finnland, Frankreich, Deutschland). In Schweden droht im September eine Partei zur zweitstärksten Kraft zu werden, die direkte nationalsozialistische Wurzeln hat. Im europäischen Querschnitt scheint es, dass zwischen 15 und 20 % der Wähler*innen solchen Parteien ihre Stimme geben. Die Schließung der Grenzen, eine Innenpolitik in der Nicht-Weiße und Muslime diskriminiert werden, Verschärfung der inneren Sicherheit (Überwachung) und die Verengung des Raums von Zivilgesellschaft sowie Militarisierung sind alles Maßnahmen, die „bürgerlich“ regierte Länder von Rechtspopulisten in Europa übernommen haben.

Zum Weiterlesen: www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/242635/europakarte

Regionalkonflikte in Europa

Die Krise, die mit dem Sezessionsbestrebungen Kataloniens entstand und die keineswegs beigelegt ist, auch wenn sie aus den Schlagzeilen verschwunden ist, hat einmal mehr gezeigt, wie fragil auch viele europäischen Staaten sind. Konflikte um Autonomie oder Unabhängigkeit bestimmter Regionen sind auch in Europa keine Seltenheit, leider auch nicht ihre Eskalation bis hin zu Bürgerkriegen. Wir brauchen nur an den Jahrzehnte währenden Bürgerkrieg in Nordirland oder den Kampf der ETA im Baskenland zu denken. Außerhalb der Europäischen Union gab und gibt es noch viel mehr gewaltsame Konflikte – das gewaltsame Auseinanderbrechen des ehemali-

gen Jugoslawiens Anfang der 1990er Jahre, der Krieg in der Ostukraine, Nagorno-Karabach und der bei uns weitgehend unbekanntes Konflikt in Moldawien sind nur ein paar Regionalkonflikte, die hier genannt werden können. Das Heidelberger Konfliktbarometer zählte 2017 41 (gewaltfrei oder gewaltsam ausgetragene) Konflikte, bei denen es um Sezession ging, und 53 Konflikte, bei denen es um Autonomie ging. (HIIK 2018, S. 16)

Aber es gibt in Europa auch Regionalkonflikte, für die konstruktive Lösungen gefunden wurden. Die Åland-Inseln zwischen Finnland und Schweden sind hier ein Beispiel: Sie wurden nach dem 1. Weltkrieg Finnland zugeschlagen, obwohl die Bevölkerung sich Schweden zugehörig fühlte. Der Völkerbund fand 1921 eine Lösung: Autonomie und Demilitarisierung.

In Nordirland gelang es 1995 nach über 30 Jahren Bürgerkrieg zwischen radikalen Katholik*innen, Protestant*innen und der britischen Armee Frieden zu schließen. Hierbei hatten zivilgesellschaftliche Gruppen eine wichtige Rolle gespielt.

Südtirol gehört seit Ende des 2. Weltkriegs zu Italien und genießt einen Autonomiestatus, der bis 1992 immer weiter ausgebaut wurde. Im Rahmen der europäischen Vereinigung scheinen die Grenzen weniger wichtig geworden zu sein, trotzdem gibt es weiter Bestrebungen eines Anschlusses an Österreich.

Allerdings muss auch beachtet werden, dass keiner dieser drei Konflikte endgültig verschwunden ist – mit neuen politischen Entwicklungen (wie dem Brexit im Falle Großbritanniens) verändern sich die Rahmenbedingungen, die auch Auswirkungen auf neue mögliche Konflikte haben.

Der Bund für Soziale Verteidigung veranstaltet am 29. Sep. 2018 ein Fachgespräch zum Thema „Regionalkonflikte in Europa“ (s. Kasten auf Seite 8).

Christine Schweitzer ist Geschäftsführerin beim BSV.

LOVE-Storm

„Gemeinsam gegen Hass im Netz“ geht an die Öffentlichkeit

Elisabeth Schaueremann

Das BSV-Projekt tritt in die nächste Phase. Ab sofort können interessierte Gruppen auf der LOVE-Storm-Plattform üben, wie sie Hass im Netz gewaltfrei stoppen können. Der Clou: Nach dem einstündigen Onlinetraining können sich die Teilnehmenden gegenseitig zur Hilfe rufen, wenn sie auf Hasskommentare im Netz reagieren wollen oder selbst angegriffen werden.

Im Laufe des vergangenen Jahres wurde die Onlineplattform vom LOVE-Storm-Projektteam in Zusammenarbeit mit einem Team von Softwareentwickler*innen konzipiert, laufend um Funktionen erweitert und in vielen Testdurchläufen benutzer*innenfreundlicher gemacht. Ab sofort steht LOVE-Storm nun allen Internetnutzer*innen zur Verfügung, die Hasskommentare nicht einfach hinnehmen wollen. Mitglieder auf der Plattform unterstützen sich gegenseitig und verfolgen ein gemeinsames Ziel: den Hass im Netz zu stoppen.

Am Anfang steht ein Onlinetraining, auf dem die Interessierten vorhandene Unsicherheiten im Umgang mit Hasskommentaren im Netz überwinden können und eine gemeinsame Basis für alle Aktiven geschaffen wird. Nach Absolvieren des Trainings können sich LOVE-Storm-Mitglieder miteinander vernetzen, sich gegenseitig bei Hassvorfällen alarmieren und zusammen Online-Aktionen gegen Hassvorfälle machen.

LOVE-Storm trägt damit Zivilcourage in den digitalen Raum. Dem sich immer weiter ausbreitenden Hass im Netz muss von der Zivilgesellschaft konsequent widersprochen werden. In den Neunziger- und Zweitausenderjahren ist es uns als Zivilgesellschaft bereits zweimal gelungen, rechtsradikale Hassbewegungen aus der Öffentlichkeit zu verbannen, indem hunderttausende Menschen Zivilcourage trainierten und den öffentlichen Raum gemeinsam zurückeroberten. Auch heute gibt es wieder zigtausende Menschen, die sich gegen Hass und Erniedrigung wehren und das Internet als Raum der freien Rede verteidigen wollen. Die Ziele da-

bei sind stets, die Angegriffenen solidarisch zu unterstützen, Mitlesende zur Gegenrede zu mobilisieren und Angreifenden gewaltfrei Grenzen aufzuzeigen, um den Dialog wieder möglich zu machen. Niemand wird alleine gelassen.

Als Gruppe online trainieren

Das einstündige Onlinetraining für digitale Zivilcourage ist der Startpunkt, um auf LOVE-Storm aktiv zu werden. Gegenrede ist Übungssache und unter Anleitung der LOVE-Storm-Trainer*innen werden diese Kompetenzen gestärkt, um dann in Aktionen Anwendung zu finden. Die Teilnehmer*innen erarbeiten in Kleingruppen Strategien gegen Hass im Netz und probieren im interaktiven Rollenspiel aus, was sie tun können, um Hasskommentaren gewaltfrei und effektiv entgegenzutreten. Unsicherheiten werden gemeinsam überwunden und die Teilnehmer*innen lernen die Funktionsweise der Plattform kennen.

In der Startphase der LOVE-Storm-Plattform richtet sich das Trainingsangebot besonders an Gruppen. Organisationen, Vereine, Freundeskreise und andere Teams mit mindestens fünf Teilnehmer*innen können unkompliziert und kostenfrei Gruppentrainings vereinbaren und am Wunschtermin mit ei-

nem/einer zertifizierten LOVE-Storm-Trainer*in Gegenrede üben. Details zur Anmeldung finden sich im Kasten links.

Die Trainings sind dezentral, benötigt wird lediglich eine stabile Internetverbindung und ein PC oder Laptop mit funktionierendem Mikrofon und Lautsprecher pro Teilnehmer*in, da Trainer*in und Gruppe auch über Ton miteinander in Verbindung stehen.

Nach dem Training werden die Teilnehmer*innen Teil einer LOVE-Storm-Gruppe und können so gemeinsam an Aktionen teilnehmen und über die Plattform in Kontakt bleiben.

Aktiv werden auf LOVE-Storm

Nach dem Training und nach Einwilligung zum LOVE-Storm-Aktionskonsens können Mitglieder alle Möglichkeiten der Onlineplattform nutzen. Gruppenmitglieder und Freund*innen alarmieren sich gegenseitig bei gemeldeten Hassvorfällen und führen Gegenrede-Aktionen durch, in denen sie ihre Fähigkeiten immer weiter ausbauen. Die Gruppen sind außerdem ein hilfreiches Hilfsmittel für alle, die für ihre eigene Community einen Ort brauchen, um Aktivismus gegen Hass im Netz zu koordinieren und ihre Seite oder ihr Forum zu schützen.

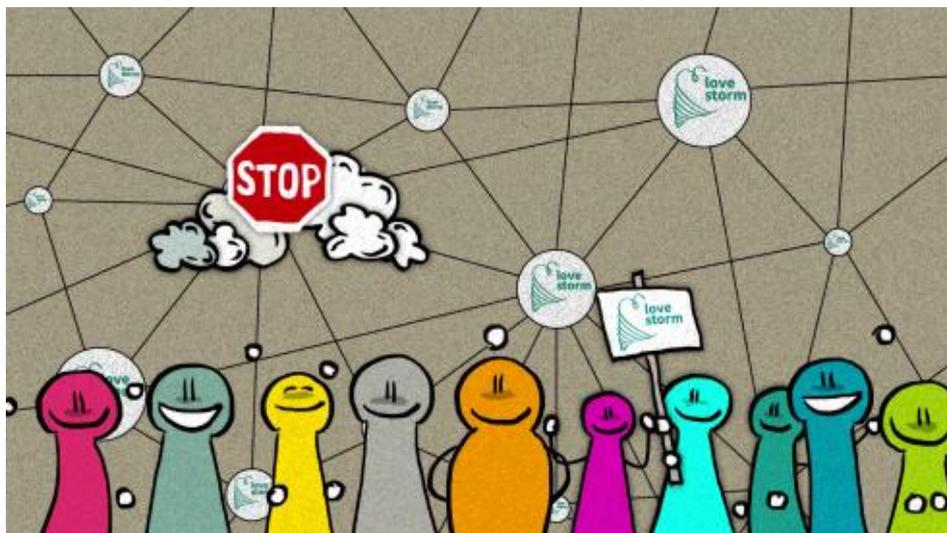


Das Forum ermöglicht es, dass Fragen an die gesamte LOVE-Storm-Community gestellt werden und ein offener Diskurs entsteht. So soll die Plattform eine wachsende Wissensressource werden, ein sicherer Ort für Aktive und der Ausgangspunkt für tausende Gegenrede-Aktionen, die dem Hass im Netz nachhaltig Einhalt gebieten.

LOVE-Storm in der Bildungsarbeit nutzen

Beginnend mit September 2018 können sich Fachkräfte der sozialen und pädagogischen Arbeit, Trainer*innen der Gewaltprävention, Referent*innen der politischen Bildungsarbeit und andere in der Bildungsarbeit Tätige in regelmäßig stattfindenden eintägigen Workshops weiterbilden lassen, um LOVE-Storm in ihre Arbeit zu integrieren. Multiplikator*innen lernen die Struktur der Plattform kennen und trainieren Formen der Gegenrede direkt am Laptop bzw. Tablet. Darüber hinaus werden sie befähigt, das Wissen über die Plattform und Strategien der Gegenrede an die eigene Zielgruppe weiterzugeben. Nach dem Workshop erhalten die Teilnehmer*innen Zugang zu den Trainingsressourcen der Plattform, sodass sie den digitalen Trainingsraum jederzeit nutzen können.

Die Workshops finden laufend und an wechselnden Orten im gesamten Bundesgebiet statt, die Anmeldung ist online möglich. Bildungseinrichtungen können außerdem In-House-Schulun-



Gemeinsam stoppen wir den Hass im Netz! - Bist Du dabei?

gen für ihre Mitarbeiter*innen anfragen. Durchgeführt werden die Weiterbildungen von fairaend, dessen Team über mehr als 25 Jahre Erfahrung im Bereich des lösungsorientierten Konfliktmanagements, der Mediation und konstruktiven Konfliktarbeit verfügt und bereits in der Vergangenheit in unterschiedlichen Projekten mit dem BSV kooperiert hat.

Das Projekt wird seit September 2017 im Bundesprogramm Demokratie leben! des Bundesamts für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben gefördert. Das Weiterbildungsprojekt für Multiplikator*innen im Bildungsbereich wird seit Anfang 2018 von Aktion Mensch gefördert. Seit Projektstart wurde eine erfolgreiche Crowdfundingkampagne durchgeführt und

LOVE-Storm wurde mit dem Engagementpreis des FES-Ehemalige e.V. und dem Förderpreis der Vernetzungsstelle gegen Hass im Netz „Das Netz“ ausgezeichnet.

Für die kommenden Monate steht im Vordergrund, viele Menschen in Onlinetrainings für Gegenrede fit zu machen und ein Netzwerk von Gruppen aufzubauen, die das Internet Seite für Seite vom Hass befreien und für ein respektvolles Miteinander eintreten.

Kontakt:

LOVE-Storm – Gemeinsam gegen Hass im Netz

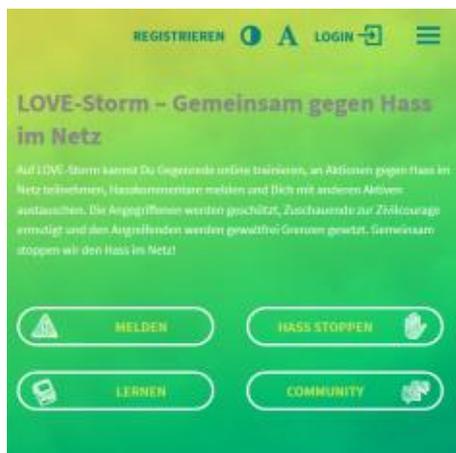
www.love-storm.de

info@love-storm.de

Elisabeth Schauer mann ist Projektkoordinatorin bei LOVE-Storm - Gemeinsam gegen Hass im Netz.

Gruppentraining

Haben Sie Interesse an einem Online-Gruppentraining für Gegenrede? Diese sind in der Startphase im Herbst 2018 kostenfrei. Anmeldung per Mail an training@love-storm.de mit Angabe von Wunschtermin, voraussichtlicher Gruppengröße (ideal sind 6-12 Teilnehmer*innen pro Training) und, falls zutreffend, Organisation, Verein oder thematischer Schwerpunkt. Das LOVE-Storm Projektteam koordiniert den Wunschtermin mit den zertifizierten Trainer*innen.



Startseite: www.love-storm.de

Qualifizierung für Multiplikator*innen

In Zusammenarbeit mit fairaend bietet LOVE-Storm ab September 2018 laufend eintägige Weiterbildungen für Fachkräfte in der sozialen und pädagogischen Arbeit im gesamten Bundesgebiet an. Zertifizierte Multiplikator*innen integrieren die Onlineplattform nach dem Workshop in ihr eigenes Bildungsangebot. Die aktuellen Termine und Anmeldung finden Sie unter: www.love-storm.de/multiplikation

Türkei

Friedensperspektiven von unten

Das folgende Interview wurde in diesem Sommer mit zwei türkischen Friedensaktivist*innen geführt.

BSV: Wir konnten bei unserem Besuch im Frühjahr sehen, dass die Zivilgesellschaft in der Türkei trotz der Repression weiter aktiv ist. Was sind die Hauptanliegen, für oder gegen die Menschen sich einsetzen? Was ist noch möglich, wie eng ist der Raum für Zivilgesellschaft gegenwärtig?

Mert Sem: Das Regime ist besonders seit den Gezi-Park-Protesten 2013 immer autoritärer geworden. Das Ende des Friedensprozesses mit der kurdischen Guerilla im Sommer 2015, die folgenden Militäroperationen in kurdischen Städten, der versuchte Militärputsch am 15. Juli 2016, dem der lange Ausnahmezustand folgte, das Anwachsen von Nationalismus, der durch die neuen Militäroperationen in Syrien befeuert wurde, das Referendum im April 2017 und die letzten Wahlen im Juni 2018, die Erdogans Ein-Mann-Regime extrem gestärkt haben – das alles macht die Dinge für Friedens- und Menschenrechtsaktivist*innen in der Türkei extrem schwierig.

Pinar U.: Menschenrechtsverletzungen sind seit dem Putschversuch 2016 stark angestiegen.¹ 2017 wurden mehr als 1.600 Organisationen der Zivilgesellschaft geschlossen – i.d.R. ohne Begründung. Frieden zu unterstützen, ist ein Verbrechen geworden. 1.128 Akademiker*innen, die eine Petition unterzeichnet hatten, in der die türkische Intervention in Rojava kritisiert wurde, wurden per Regierungsdekret aus den Universitäten gefeuert. Einige von ihnen wurden zu Haftstrafen verurteilt; 148 Prozesse laufen noch.

Dies schafft eine Atmosphäre, in der Menschen Angst haben, aktiv zu werden. Auf der anderen Seite gibt es viele Initiativen, die immer noch aktiv sind und die versuchen, den begrenzten Raum zu nutzen.



Ein Gemälde von B. Gülbahar, das die Mütter Verschwundener zeigt. Es hängt im Büro einer Istanbuler Menschenrechtsorganisation. Foto: cs

Mert Sem: Ja, das ist richtig. Die Repression ist nicht das ganze Bild! Wir haben noch nicht aufgegeben!

Organisationen wie die Human Rights Association und die Human Rights Foundation sind zwei Beispiele für Gruppen, die ihre Arbeit trotz der steigenden Risiken fortsetzen. Im Juni gingen LGBTIQ-Aktivist*innen in Istanbul auf die Straße, trotz des Verbots; dasselbe in anderen Städten. Auch Umweltgruppen sind in verschiedenen Orten aktiv. Es gibt einen Widerstand auf Graswurzelebene gegen Bauvorhaben besonders im Energiebereich, die die Umwelt schädigen.

Ein Hauptthema, das die verschiedenen Anliegen verbindet, ist die Forderung nach Gerechtigkeit und Rechtsstaat. Es gibt Gelegenheiten, so wie den „Marsch für Gerechtigkeit“ des Parteichefs der wichtigsten Oppositionspartei im Sommer 2017, wo Millionen Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenkommen.

BSV: Es scheint, dass die Beziehung zwischen der Türkei und den Kurd*innen ein Kern der Gewalt und der Kriege sind, in die die Türkei involviert ist. Welche Rolle spielt dieser Konflikt für türkische Aktivist*innen außerhalb der betroffenen Regionen?

Pinar U.: Die politische Atmosphäre in der Türkei aus der Perspektive des kurdischen Problems zu definieren, wäre irreführend. Die Gewalt in den kurdischen Regionen der Türkei und die Intervention der türkischen Armee in Rojava sind Teile einer fortgesetzten Politik des türkischen Staates gegen die kurdische Bevölkerung. Aber natürlich betrifft es auch Aktivist*innen in der Westtürkei. Es ist leicht, als „Terrorist*in“ bezeichnet zu werden und ins Visier der Sicherheitsbehörden zu geraten, wenn man Frieden fordert oder den Tod von Zivilbevölkerung während der Militäroperationen kritisiert. Man kann leicht wegen einer Pressemitteilung oder einem Kommentar in den sozialen Medien eingesperrt werden. Aber es ist schwierig einzuschätzen, was zu Verfolgung führt. Gegen die Operation in Afrin haben mehr als 30 Organisationen protestiert – keine von ihnen hatte Probleme, aber einige einzelne Aktivist*innen, die den Aufruf in den sozialen Medien geteilt hatten, wurden verhört.

Mert Sem: Das Wort „Frieden“ war in der Türkei wegen der Jahrzehnte des bewaffneten Konflikts in der Südosttürkei schon politisiert. Aber es war noch nie so „kriminalisiert“ wie heute, besonders seit der Militäroperation in Afrin. Wachsender Militarismus und Nationalismus befeuern den Autorita-

rismus im Land. Es ist immer von „Feinden“ die Rede, im Innern und im Ausland, die sich gegen die Türkei verschwören. Damit werden „Sicherheit“ und „Stabilität“ betont, die Erdogan beansprucht zu repräsentieren.

BSV: Was könnten wesentliche Elemente einer türkischen Politik sein, die zu einem echten Friedensprozess mit ihrer kurdischen Bevölkerung führen?

Pinar U.: Wir hatten einen Friedensprozess zwischen der türkischen Regierung und Abdullah Öcalan zwischen 2013 und 2015. Damit waren viele Hoffnungen verknüpft; jede*r glaubte, dass Frieden beinahe erreicht sei. Die Lehre daraus: Es ist entscheidend, dass die Parteien einen Frieden wirklich wollen. Gegenseitiges Vertrauen und Offenheit sollten auch Elemente eines Prozesses sein.

Mert Sem: Es ist traurig, dass wir wieder am Ausgangspunkt angelangt sind – es wird wieder behauptet, dass „es keine kurdische Frage gebe“ und militärische „Lösungen“ werden angestrebt.

Während der Wahlen nahmen tausende Menschen an der Veranstaltung des Kandidaten der Republikanischen Volkspartei (CHP), Muharrem Ince, in Diyarbakir teil. Das ist sehr ungewöhnlich, denn die CHP steht für den offiziellen türkischen Nationalismus. Aber Ince versprach, sich für Frieden einzusetzen, und das wurde begeistert aufgenommen. Die Mehrheit wählte trotzdem die (vorwiegend kurdische) HDP, aber viele sagten, dass sie die CHP wählen würden, wenn es zu einer Stichwahl kommen würde. Das zeigt, dass die kurdische Bevölkerung – trotz ihrer Frustration – immer noch bereit ist, auf jedes Anzeichen einer Hoffnung für Frieden zu reagieren.

BSV: Gewaltfreiheit ist ein Konzept, das in der Türkei nicht viele Anhänger*innen hat. Das gilt auch für Großteile der Opposition. Wo können gewaltfreie Ansätze gefunden

werden, spielt Gewaltfreiheit in den gegenwärtigen Bewegungen eine Rolle und gibt es gewaltfreie Projekte oder Programme, z.B. im Bereich der Friedenserziehung?

Pinar U.: Das ist richtig, Gewaltfreiheit ist kein Konzept in der politischen Sphäre. Bewaffnete (Befreiungs- oder andere) Kämpfe sind das Hauptverständnis von politischem Wandel. Andererseits gibt es eine leichte Veränderung seit ungefähr zehn Jahren: Zum Beispiel haben linke Gruppen, die den bewaffneten Kampf unterstützen, politische Parteien gegründet. Viele dieser Parteien gingen auch Koalitionen mit der HDP ein, um Sitze im Parlament zu bekommen.

Die Gezi-Protteste 2013 waren ein Höhepunkt gewaltfreier Auseinandersetzung. Organisierte wie unorganisierte Menschen kämpften vier Monate mit gewaltfreien Mitteln. Und auch alle politischen Gruppen verwenden gewaltlose Mittel, ohne dies so zu nennen. Gewaltfreiheit wird als „passiv“ verstanden und deshalb andere Begriffe bevorzugt. Einer der Haupterfolge von Gezi war zu zeigen, dass gewaltfreie Aktion mächtig und fähig ist, Wandel zu schaffen.

Die einzige Organisation, die sich für strategische Gewaltfreiheit einsetzt, ist das Nonviolent Research and Education Center in Istanbul. Es organisiert Trainings in gewaltfreier Aktion und Kampagnenplanung. Und es hatte eine Studie zur Geschichte gewaltfreier Aktion in der Türkei begonnen, in deren Datenbank schon viele Beispiele gesammelt sind.²

Mert Sem: Ein Beispiel für gewaltfreie direkte Aktion ist die LGBTQI-Bewegung. Sie ist sehr kreativ. Trotz der Verbote finden jedes Jahr Gay-Pride-Märsche und viele phantasievolle Aktionen statt. Zum Beispiel reagierten 2016 die Aktivist*innen in Istanbul auf die polizeiliche Aufforderung, sich zu „zerstreuen“, damit, dass sie aufriefen, sich an dem Tag auf allen Straßen zu „zerstreuen“, wo dann zu einem vereinbar-

ten Moment die Aktivist*innen ihre Presseerklärung laut vorlasen.

Diese Beispiele machen Mut und erinnern uns alle an die Macht gewaltfreien Widerstands. Ich denke, wir brauchen mehr Diskussion in der Gemeinschaft der Menschenrechtsverteidiger*innen in der Türkei über gewaltfreie Methoden in unseren Kampagnen und in unserem Widerstand gegen den wachsenden Autoritarismus.

BSV: Was könnt ihr Aktivist*innen in anderen Ländern sagen, wenn sie euch fragen, was sie tun können, um euch zu unterstützen?

Mert Sem: Ich empfehle ihnen, die Arbeit von Gruppen in der Türkei wie die Human Rights Foundation, Human Rights Association und die Akademiker*innen für Frieden zu verfolgen und auf ihre Aufrufe für Solidarität zu reagieren, wenn sie welche machen. Ich empfehle auch, internationalen Organisationen wie War Resisters' International und Amnesty International zu folgen, die gelegentlich Unterstützungsaufträge herausgeben. Es ist wichtig, sich bewusst zu sein, dass es trotz des Drucks Gruppen gibt, die ihren Widerstand fortsetzen. Ihre Stimme muss verstärkt werden. Internationale Solidarität ist deshalb sehr wichtig in diesen Zeiten der Repression.

Pinar U.: Kontakt zu halten ist wichtig, damit Aktivist*innen in der Türkei wissen, dass sie nicht alleine sind. Das Land zu besuchen, verschiedene Gruppen zu treffen, Gerichtsverfahren zu beobachten, Unterstützungsbriefe zu schreiben (wo das sinnvoll ist) sind mögliche Ideen.

Pinar U. und Mert Sem (Pseudonyme) sind Friedens- und Menschenrechtsaktivist*innen aus der Türkei. Das Interview wurde gekürzt. In voller Länge kann es (in englischer Sprache) auf unserer Website unter <https://www.soziale-verteidigung.de/international-gewaltfrei/stoppt-den-kreislauf-der-gewalt-in-der-tuerkei/> nachgelesen werden.

1 http://ihd.org.tr/en/wp-content/uploads/2018/05/IHD_2017_report-2.pdf

2 <http://www.siddetsizeylem.org/tumu/harita>

Rüstungsausgaben kontra Ziviles

Der Euro rollt oder: Was wäre wenn?

Christine Schweitzer

Die Bundesregierung plant die schrittweise Erhöhung des „Verteidigungs“etats bis auf rund 42 Mrd. im Jahr 2021. Bis 2025 sollen 1,5 % des BIP erreicht werden¹ – die NATO-Länder haben sich eine Erhöhung „in Richtung 2 %“ als Ziel gesetzt, wie beim NATO-Gipfel in Brüssel im Juli nochmals bekräftigt wurde. Trump forderte übrigens auf dem gleichen Gipfel, dass die Europäer 4 % ausgeben müssten; 2 % seien nicht genug. Auch wenn die Neigung, diesen Wünschen im vollen Umfange nachzukommen, vielleicht nicht groß ist: Schon seit dem vergangenen Jahr ist der deutsche Verteidigungshaushalt schrittweise angestiegen. 2016 betrug der Etat 35,1 Mrd. Euro, 2017 erhöhte er sich auf rund 37 Mrd. Euro, 2018 sind es 38,5 Mrd. Euro.² Bis 2021 soll er schrittweise auf rund 42 Mrd. erhöht werden. Bei den Erhöhungen geht es vor allem um Investitionen in die Anschaffung neuer Waffensysteme und Transportgeräten.³

Was wäre, wenn?

Was wäre, wenn auch nur ein Drittel des diesjährigen Rüstungshaushalts für zivile Zwecke eingesetzt würde? Ein Drittel sind 12,83 Mrd. Stellen wir uns einmal vor, die Bundesregierung würde beschließen,

... Ziviles Peacekeeping zu finanzieren. Der Jahreshaushalt von Nonviolent Peaceforce betrug im Jahr 2016 ca. 955.000 Euro bei 224 Angestellten.⁴ Ein*e zivile* Peacekeeper*in bei Nonviolent Peaceforce kostet also geschätzt, unter Einberechnung aller Kosten der Organisation (Overhead für Verwaltung, Forschung usw.) in einem Jahr knapp 52.000 Euro. Das heißt, es könnten also über 13.000 Organisationen in der Größe von NP oder 246.730 zivile Peacekeeper*innen finanziert werden – mehr als die doppelte Zahl von militärischen Peacekeeper*innen, die die UN 2017 im Einsatz hatte.⁵

... Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Geflüchtete und Langzeitarbeitslose zu finanzieren. 12,83 Mrd. Euro könnten weit über 170.000 Stellen (mit Arbeitgeberbrutto von 50.000 Euro) schaffen, die zu 2/3 bezuschusst werden.



Leopard 2 A4 in Österreich. Dieses Modell wird u.a. auch von der Türkei genutzt. Ein neuer Leopard-2-Panzer kostet zwischen 2 und 4,86 Millionen Euro pro Stück.

Foto: Friedrich Böhringer, <https://commons.wikimedia.org/>

... deutlich mehr in Umweltschutz zu investieren. Staat, Unternehmen und private Haushalte gaben im Jahr 2015 (leider die letzten verfügbaren Zahlen) zusammen etwa 2 % des Bruttoinlandsproduktes für den Umweltschutz aus. Den Großteil davon trugen Industrie und Privathaushalte bei; auf den Staat entfielen 9,6 Mrd.⁶ Diese Summe könnte also mehr als verdoppelt werden.

... angesichts des Pflegenotstands 12,83 Mrd. zusätzlich für die Altenpflege auszugeben. Eine gelernte Pflegekraft in hohen Gehaltsstufen und Vollzeit kostet einen Arbeitgeber pro Jahr bis ca. 44.000 Euro; tatsächlich liegen die Zahlen meist deutlich darunter.⁷ Für 12,83 Mrd. Euro könnten mindestens 291.590 Vollzeit-Pflegekräfte voll finanziert werden. Dabei ist nicht berücksichtigt, dass ein Teil der Stellenkosten ja über Zahlungen der Pflegeversicherung refinanziert wird.

... die Wohnungsnot zu bekämpfen. Nach einer Studie kostet eine neue Wohnung im Bau 219.000 Euro.⁸ Es könnten also rund 58.300 neue Wohnungen gebaut werden. Tatsächlich natürlich das Vielfache, denn der Bauherr wird ja Mieteinnahmen erzielen und von den Banken Kredite erhalten. Der Bedarf von 350.000 neuen Wohnungen pro Jahr könnte so wohl leicht gedeckt werden.⁹

Alles nur Träumerei?

Soviel Geld für nur einen Zweck? Ja, das ist Unfug. Der Staat sollte nicht entscheiden, ausschließlich einen dieser al-

ternativen Zwecke zu finanzieren, denn sie sind alle wichtig. Bürger*innen würden zu Recht protestieren, wenn eine solche Summe nicht aufgeteilt, sondern nur für einen Zweck ausgegeben würde. Nur: Warum nehmen wir dann hin, dass sie ja in der Tat für einen einzigen Zweck verwendet wird, nämlich für neue Panzer, Flugzeuge, Kriegsschiffe, Drohnen usw.?

Vielleicht können die Zahlen in diesem Beitrag bei der Argumentation helfen, warum die Rüstungsausgaben gesenkt, nicht gesteigert werden müssen.

1 <https://www.derwesten.de/politik/ausgaben-fuer-bundeswehr-erhoehen-sich-nur-schleppend-id214287651.html>

2 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/017/1901700.pdf>, Einzelplan 14, S. 44

3 Zahlen des BMVG: <https://www.bmvg.de/de/themen/verteidigungshaushalt/entwicklung-und-struktur-des-verteidigungshaushalts>

4 <http://www.nonviolentpeaceforce.org/background/funding>, dies ist der jüngste Bericht

5 https://peacekeeping.un.org/sites/default/files/pk_factsheet_09_17_e_sb.pdf

6 <https://www.umweltbundesamt.de/daten/umwelt-wirtschaft/ausgaben-fuer-den-umweltschutz>

7 <https://www.praktischerarzt.de/blog/altenpfleger-gehalt/>

8 <https://www.zdb.de/zdb-cms.nsf/id/kosten-fuer-den-roh-und-ausbau-eines-typisierten-mehrfamilienhausbaus-de>

9 <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/deutschland-2018-koennen-nicht-so-viele-wohnungen-entstehen-wie-noetig-a-1188635.html>

Nachruf auf Roland Vogt Ein Urgestein der pazifistischen Bewegung

Roland Vogt (* 17.2.1941 † 20.5.2018), Pazifist und GRÜNER der ersten Stunde, ist zu Pfingsten im Alter von 77 Jahren verstorben. Einige von uns hatten die Freude, ihn – schon schwer von Krankheit gezeichnet, aber so diskussionsfreudig wie immer - auf der Jahrestagung Anfang April 2018 in Braunschweig zu treffen.

Roland Vogt, der bei Theodor Ebert am Berliner Otto-Suhr-Institut über die Soziale Verteidigung in der Tschechoslowakei 1968 seine Diplomarbeit geschrieben hatte, war einer der Gründer*innen der westdeutschen GRÜNEN. Er und Petra K. Kelly waren die bekanntesten Pazifist*innen in der jungen Partei und stritten lange dafür, dass die Konzepte von Gewaltfreiheit und Sozialer Verteidigung politische Inhalte blieben – wie man weiß, leider letztendlich vergeblich. Von 1983 bis 1984 war er Mitglied im Bundestag, bis er hinaus rotierte – damals wollten die GRÜNEN noch sicherstellen, dass sich keine Berufs-Abgeordneten etablierten.

Dem BSV war Roland von Anfang an verbunden. Er gründete ihn mit, war eine Weile sein Vorsitzender, er unternahm zusammen mit Christine Schweitzer eine der ersten Reisen in das, was 1991 noch Jugoslawien war, und fuhr im Juli 1992 mit Theo Ebert, Kurt Südmersen und anderen in das Baltikum, um dort Gespräche über Soziale Verteidigung zu führen. In den letzten Jahren war er auch Mitglied des mit dem BSV verbundenen Instituts für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung (www.ifgk.de).

Roland drängte immer wieder darauf, Soziale Verteidigung zu institutionalisieren. Im frühen BSV kämpfte er für die Forderung nach einem Ministerium für Abrüstung, Soziale Verteidigung und Konversion und setzte sich auch immer für ein „Friedensprojekt Europa“ ein. Praktische Erfahrungen mit Konversion, machte er dann ab 1991 in Brandenburg, wo er die Liegenschaften der abgezogenen sowjetischen Streitkräfte abwickelte.



Roland Vogt auf unserer Jahrestagung in Braunschweig. Foto: cs

Nach seinem Ruhestand im Jahr 2006 zog er zurück in seine Heimatstadt Bad Dürkheim und engagierte sich bis zuletzt auch in Friedensinitiativen in Kaiserslautern und in der Kampagne „Stoppt Ramstein“.

Unsere Gedanken sind bei Rolands Frau Gunhild und seinen Kindern und Enkeln.

Einen ausführlichen Nachruf hat Theodor Ebert in der ZivilCourage 4/2018 veröffentlicht.

Fachgespräch: Regionalkonflikte in Europa

Termin: 29. Sep. 2018 in Berlin

Ort: Global Village (BGV), Am Sudhaus 2, 12053 Berlin

Die Krise in Katalonien hat das Bewusstsein dafür geschärft, dass Konflikte um Autonomie oder Unabhängigkeit bestimmter Regionen auch in Europa keine Seltenheit sind, leider auch nicht ihre Eskalation bis hin zu Bürgerkriegen. Wir brauchen nur an den Jahrzehnte währenden Bürgerkrieg in Nordirland, den Kampf der ETA im Baskenland oder das gewaltsame Auseinanderbrechen des ehemaligen Jugoslawiens zu denken. Dies steht der Wahrnehmung von Europa als einem Raum eines demokratischen Friedens entgegen. (Die Europäische Union erhielt dafür 2012 den Friedensnobelpreis.) Aber es gibt in Europa auch

Regionalkonflikte, für die konstruktive Lösungen gefunden wurden – die Åland-Inseln zwischen Finnland und Schweden sowie Nordirland sind dafür Beispiele.

10.30 Willkommen, Programm, Kennenlernen der Teilnehmer*innen

11.00 Vortrag: Regionalkonflikte und Zivile Konfliktbearbeitung - Dr. Karsten Lenk, Göttingen

12.15 Mittagspause

13.15 Workshops:

A) Katalonien - Ulrich Delius, Gesellschaft für bedrohte Völker

B) Åland Inseln - Outi Arajärvi, BSV

C) Nordirland - Stephan Brües, BSV

14.45 Pause

15.00 Was hilft bei regionalen Konflikten? Wie den Frieden gewinnen? Gespräch im Plenum mit den Referent*innen

16.30 Auswertung des Tages

17.00 Ende

Wir bitten um vorherige Anmeldung, aber auch spontanes Kommen ist möglich. Tagungsgebühr: 10 Euro.

Das Fachgespräch wird mit einer Spende des Fraktionsvereins der LINKEN gefördert.